

Pressespiegel vom 22.02.2011

Sächsische Zeitung

Neue Dimension von Gewalt bei Dresdner Demos

Von Alexander Schneider und Thilo Alexe

Die Großrazzia im Haus der Begegnung war laut Polizei nötig, weil Linksextremisten von dort aus ihre Angriffe koordiniert haben sollen.

Die Polizei geht davon aus, dass Linksextremisten Gewaltstraftaten bei den Demos am Sonnabend generalstabsmäßig organisiert haben. Damit haben Krawalle in Dresden rund um den Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg eine neue Dimension erreicht. Nicht nur Rechtsextremisten gingen erstmals massiv auf Polizei und Linke los. Linksautonome Gewalttäter sollen gezielt in einem Pieschener Gebäudekomplex ihre Truppen gelenkt haben. Über Telefonüberwachungen sind die Beamten angeblich darauf gestoßen: Die Spur führte sie zur Großenhainer Straße 93. Dort befinden sich etwa der Sitz der Dresdner Linkspartei, das Jugendhaus des Vereins Roter Baum, weitere Büros von Vereinen und eine Anwaltskanzlei.

Noch am Abend rückten 120 Beamte, darunter das Spezialeinsatzkommando (SEK), zur Großrazzia an, mit einem richterlichen Durchsuchungsbeschluss. Es wurden 25 Handys und 21 Computer beschlagnahmt – mögliche Tatmittel, die nun ausgewertet werden. Auch 20 Männer und Frauen, die in dem Objekt waren – darunter Jugendliche aus dem Jugendhaus, vier Leute des Bündnisses „Dresden nazifrei“ und Mitarbeiter der Linkspartei – wurden zur Polizei gebracht. Nun wird geprüft, ob sie als Beschuldigte infrage kommen. Es geht um Landfriedensbruch und angeblich um Bildung einer kriminellen Vereinigung.

„Die Verdächtigen wurden nicht festgenommen sondern erkennungsdienstlich behandelt“, sagt Jan Hille, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Man habe den ganzen Komplex durchsuchen müssen, um Beweise zu sichern. Die Aktion habe sich nicht gegen die Linkspartei oder den Roten Baum als Verein gerichtet. Hille: „Das Verfahren läuft gegen unbekannt.“ Die Polizei bestätigte, dass bei der Razzia Türen gewaltsam geöffnet werden mussten. Der Schaden sei noch unklar.

Die Razzia hat eine Welle der Empörung ausgelöst. So wurde auch die Kanzlei des Rechtsanwalts Thomas Grundmann durchsucht. „Ein unglaublicher Vorgang“, schimpft Rechtsanwalt Michael Sturm, Chef des Dresdner Anwaltsvereins. Politiker der Linkspartei sprechen von „Skandal“ und einem „völlig unangemessenen SEK-Einsatz“. Roter Baum-Chef Martin Krappmann protestiert gegen das Vorgehen der Polizei. Der Verein distanzieren sich von jeglichen Ausschreitungen gegenüber Polizeibeamten.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694455>

Der Stadt Dresden fehlt eine politische Haltung

Von Robert Koall

Robert Koall, Chefdramaturg am Staatsschauspiel Dresden, meint: Die Stadt darf sich nicht länger aus der Verantwortung ziehen. Denn Demokratie erfordert eine wache Partizipation. Und diese muss den Bürgern ermöglicht werden.

Tja. Soll man nun froh sein, dass es vorbei ist? Wochenlang wurde geredet und debattiert, gelesen und geschrieben, zugehört und analysiert. Es gab juristische Abwägungen und Verwaltungsgerichtsurteile. Dazu kamen Polizeipräsidenteninterviews, Podiumsdiskussionen, Polemiken und Pamphlete. Verlautbarungen von Bürgerinitiativen und Statements auf rechtsextremistischen Seiten im Netz. Nicht zu vergessen die Reden und Einschätzungen von politischer Seite, die Kommentarspalten in den Zeitungen, die Offenen Briefe. Hundertfach drehten sich die Stadtgespräche um das Wie und das Was am 13. und 19. Februar. Will sagen: Vielen Dank, wir haben jetzt alle Argumente gehört, mehr gibt es nicht zu sagen, alles klar, bitte gehen Sie weiter. Das Problem ist ja nur: Nichts ist klar nach dem 13. und dem 19. Februar 2011 in Dresden. Überhaupt nichts.

Die Bevölkerung belächelt

Damit wir uns von Beginn an richtig verstehen: Ich schreibe hier als ratloser Bürger, nicht als Vertreter eines politischen Lagers. Mich treiben nicht die Interessen einer Institution, ich unterliege weder Parteiräson noch sonst einer Lobby. Ich verurteile Steinwürfe und Gesetzesbrüche, egal von welcher Seite sie kommen. Ich bin der extrem langweilige Durchschnittsbürger, Familienvater, Fußballfreund und Wechselwähler, der sagt: Man versteht das alles nicht.

Man versteht nicht, dass das Verwaltungsgericht den rechtsextremen, erklärten Feinden der Verfassung, per Urteil eine Opferrolle zuspricht, alle anderen aber zu Tätern macht – die Damen und Herren der Polizei eingeschlossen. Man versteht nicht, dass Dresden es zulässt, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf Protest in Sicht- und Hörweite abgesprochen wird. Man versteht nicht, wie eine Stadtführung sich im Glanz der von ihr nur mitinitiierten Menschenkette sonnen kann, ihre Bevölkerung eine Woche später jedoch schmäählich und feige im Stich lässt. Man begreift eine Polizeiführung nicht, die im Vorfeld der beiden prekären Wochenenden nicht müde wird, in der Presse zu erklären, dass man in diesem Jahr hart gegen Blockierer durchgreifen werde; dass man also statt einer Strategie der Deeskalation auf Konfrontationskurs auch zu denen geht, die vom Lager der Steinwerfer weit entfernt sind. Man begreift nicht, dass man als Bürger der Stadt gezwungen wird, sich am Rande der Legalität zu bewegen, wenn man nichts weiter tun will, als seine demokratischen Grundrechte wahrzunehmen. Man kann nicht nachvollziehen, wieso das Verwaltungs- und Polizeirecht die Rechtsextremen zu sogenannten Nichtstörern macht, die protestierenden Bürger aber zu „Störern“. So ist die gesamte Februar-Debatte von Anfang an mit einem Makel behaftet: Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus evoziert den Verdacht, man gehöre zum linksextremen Lager. Da steht man ratlos da und denkt sich gnadenlos naiv: Aber wir sind doch die Guten!

Natürlich ist man so blauäugig in Wahrheit nicht. Natürlich weiß man, die Polemik zu Beginn des Artikels sagt es, dass es für all das Vorgenannte Argumente gibt.

Juristische, polizeitaktische, interessenspolitische. Ich weiß, dass der Ordnungsbürgermeister dieser Stadt formal nicht falsch liegt, wenn er darauf verweist, dass er gebunden ist an das Urteil des Verwaltungsgerichts, ebenso der Polizeipräsident. Man weiß, dass sich alle, die hier kritisiert werden, jederzeit auf die politische Ordnung berufen können. Ich unterstelle auch keine bösen Absichten. Aber man muss feststellen: Die politische Ordnung ist da, doch die politische Haltung fehlt. Die Stadtführung hatte keinerlei Konzept für einen angemessenen Protest am 19. Februar, keinen Plan B, nicht einmal einen Plan A. Eine klare Positionierung war nicht erkennbar, man erging sich in rhetorischen Winkelzügen; diese Rückgratlosigkeit ist beschämend. Und selbst in der Politik der Gesten und Symbole versagte man. Stattdessen wird der schwelende politische und gesellschaftliche Konflikt auf dem Rücken der Bürgerschaft ausgetragen und auf dem der Beamten der Sicherheitsbehörden. Es ist unerträglich: Warum ist es den Parteien nicht möglich, eine gemeinsame Strategie gegen den Rechtsradikalismus in Sachsen präventiv und aktuell zu entwickeln, zu formulieren und im Dialog mit den Bürgern umzusetzen? Die Zivilgesellschaft sollte stolz sein, dass sie nun schon zweimal den Marsch der Rechtsextremen verhindern konnte. Dass sie zu dieser Maßnahme überhaupt hat greifen müssen, ist der eigentliche Skandal.

Wir haben nun wieder ein Jahr lang Zeit. Die Lösung des Problems muss nun endlich – endlich! – aus Politik und Justiz kommen. Denn hier ist das Problem auch entstanden. Die Rechtsextremen standen ja nicht plötzlich vor den Toren. Die Faschodemos konnten sich zu einer schauderhaften Tradition auswachsen, weil eine politische Haltung der Stadt dazu von Beginn an fehlte. Nun – wo wir den Salat haben – darf sich die Stadt nicht aus der Verantwortung ziehen, indem sie sich hinter den Gerichten versteckt, schon gar nicht hinter ihren wehrhaften Bürgern.

Die Bürger sind verdrossen

Urteile sind anfechtbar – und sei es, um eine Haltung zu demonstrieren. Wir sind nicht die Lakaien des Rechtsstaats, nicht seine willigen Vollstrecker, sondern seine Gestalter, seine Entwickler. Es gibt auch juristisch nicht nur eine Wahrheit, die Erfolge anderer Kommunen gegen rechtsextreme Aufmärsche zeigen es. Demokratie und Rechtsstaat fordern nicht blinden Gehorsam, sondern wache Partizipation. Das gilt für Bürger und Regierende. Welche fatalen Folgen aber die unentschiedene Haltung der Stadtführung hat, lässt sich nun beobachten: Die Entscheidungen der Gerichte sind politisch kaum noch vermittelbar. Die Bürgerschaft fühlt sich im Stich gelassen. Man ist verdrossen.

In der Presse vom 21. Februar 2011 schlägt Sachsens Innenminister Ulbig nun eine „Neujustierung“ vor, da er erkannt hat, dass „die übergroße Zahl der Menschen kein Verständnis mehr für solche Zustände aufbringt“. Er regt an, ein Symposium abzuhalten mit Staats- und Verfassungsrechtlern, Geisteswissenschaftlern, Richtern und Polizisten. „Mir geht es“, wird Ulbig zitiert, „um eine sachliche Auseinandersetzung mit der Situation. Wie kann und muss eine Gesellschaft damit umgehen? Muss eine Gesellschaft das aushalten oder müssen wir reagieren?“

Erstens möchte man antworten: „Nein, alles muss eine Gesellschaft nun wirklich

nicht aushalten.“ Und zweitens möchte man sagen, dass der Vorschlag grundsätzlich begrüßenswert ist. Dennoch ist es ebenso deprimierend wie bezeichnend, dass auf der Einladungsliste Ulbigs für ein Gespräch über die Zivilgesellschaft die Vertreter der Zivilgesellschaft, der Bürgerschaft, bisher noch fehlen. Aus zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von kulturellen und anderen Institutionen Dresdens weiß ich, dass es eine große Bereitschaft zum konstruktiven Dialog gibt.

Man sollte die Bürgerschaft dieser Stadt mit ihrer Ratlosigkeit nicht länger allein lassen; ohne sie ist kein Staat zu machen.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694344>

Polizeichef zeigt Bundestagsvize Thierse an

Ein ranghoher sächsischer Polizeibeamter hat Strafanzeige gegen Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse wegen umstrittener Äußerungen des SPD-Politikers zum Demokratieverständnis im Freistaat Sachsen erstattet.

Dresden Nach den Krawallen vom vergangenen Samstag in Dresden hat der Vizechef der Polizeidirektion Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Andreas Arnold, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) wegen Beleidigung angezeigt. „Die Anzeige liegt vor, sie wird bearbeitet und das Verfahren dann der Staatsanwaltschaft übergeben“, sagte eine Polizeisprecherin am Dienstag in Dresden.

Hintergrund sei eine Äußerung von Thierse im MDR-Fernsehen am Samstagabend, sagte sie und bestätigte einen Bericht der Bild-Zeitung. Thierse hatte sich am Wochenende in Dresden an Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche beteiligt. In einem Interview des MDR am Samstag beklagte er anschließend, dass drei Neonazi-Veranstaltungen zugelassen, die Rechte der demokratischen Demonstranten dagegen eingeschränkt worden seien. Am Rande eines Neonazi-Aufmarschs war es in Dresden zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen.

„Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen. (...) Das ist sächsische Demokratie“, hatte Thierse im „Sachsenspiegel“ gesagt und damit die Absicherung der Rechtsextremen durch die Einsatzkräfte kritisiert. Arnolds Ansicht nach müssten sich die sächsischen Polizisten und die Einsatzkräfte aus den anderen Bundesländern durch diese Aussage eines der höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik beleidigt fühlen, sagte ein Sprecher der Behörde.

CDU-Innenminister Markus Ulbig hatte die Äußerungen scharf kritisiert. Der Polizeibeamte, der Anzeige erstattete, sieht darin sogar eine Beleidigung der Polizei und der sächsischen Beamten. „Eine solche Äußerung von einem der höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik ist schockierend und macht mich sprachlos“, zitierte ihn die „Bild“-Zeitung. (dpa/dapd)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694569>

Blockierer müssen mit Strafanzeigen rechnen

Gegen 70 Teilnehmer an den Sitzblockaden gegen den Neonazi-Marsch will die Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz Anklage erheben.

Die Blockaden des Neonazi-Marsches am Samstag haben ein juristisches Nachspiel. Der Staatsanwaltschaft Dresden lagen am Montag die Personalien von 70 Frauen und Männern vor, die mit Sitzblockaden eine Kreuzung auf der Marschroute der Rechtsextremen versperrt hatten. Unter den Betroffenen befinden sich auch Politiker wie der Fraktionschef der SPD im Landtag, Martin Dulig, und die Abgeordneten Johannes Lichdi (Grüne) und Falk Neubert (Linke). Gegen sie werde ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet, hieß es. Nach Angaben der Polizei wurden Personalien von etwa 200 Demonstranten erfasst.

Polizei verzichtete auf Räumung

Mehrere Tausend Menschen hatten sich in der Elbestadt Neonazis in den Weg gestellt. Hunderte Gegendemonstranten durchbrachen die Absperrungen der Polizei und setzten sich auf der geplanten Marschstrecke der Rechtsextremen fest. Die Polizei verzichtete auf eine Räumung. Zwei Hundertschaften wären damit vier Stunden lang beschäftigt gewesen, begründete Dresdens Polizeichef Dieter Hanitsch die Zurückhaltung. Den Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen die an sich friedlichen Blockierer lehnte er ab. Die Dresdner Staatsanwaltschaft stellte wie schon bei den Blockaden 2010 klar, dass solche Aktionen einen Straftat sind.

Am Montag zierten Fotos von den Sitzblockaden die Titelseiten Dresdner Zeitungen. Auf den Bildern sind neben Dulig auch Neubert, Lichdi und weitere Politiker zu sehen. Sachsens Innenstaatssekretär Michael Wilhelm hatte das Verhalten der Mandatsträger am Sonntag kritisiert. Wilhelm sprach von einer „bedenklichen Richtung, die da eingeschlagen wurde.“

SPD will Sondersitzung

Nach den gewaltsamen Ausschreitungen im Umfeld des Dresdner Neonazi-Aufmarsches hat die SPD harsche Kritik an Polizei, Justiz und Stadtverwaltung geübt. „Das Fazit vom 19. Februar: Totalversagen auf ganzer Linie. Ich bin entsetzt und schockiert. So etwas darf einfach nicht passieren“, erklärte Partei- und Fraktionschef Martin Dulig am Montag in Dresden.

Die SPD beantrage eine Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag. Obwohl seit langem bekanntgewesen sei, dass mehrere tausend Neonazis und bis zu 20.000 Gegendemonstranten nach Dresden kommen wollten, habe man die Herausforderung nicht ansatzweise im Griff gehabt. Aber auch die Entscheidungen der Gerichte seien kritisch zu hinterfragen. (dpa)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2693618>

Politik nimmt Versammlungsrecht ins Visier

Von Gunnar Saft und Thilo Alexe

Nach den Ausschreitungen in Dresden sollen Experten neue Regeln für friedlichere Demonstrationen suchen.

Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen während des geplanten Neonazi-Aufmarschs am Wochenende in Dresden sowie der von der Justiz angekündigten Strafverfolgung von Blockierern des rechten Aufmarschs wird jetzt in Sachsen über eine Änderung des Versammlungsrechts diskutiert.

Überraschend viel Zustimmung gab es gestern für einen Vorschlag von CDU-Innenminister Markus Ulbig, der ein Expertensymposium zu den Ereignissen vom 19. Februar einberufen will. „Mir geht es um eine sachliche Auseinandersetzung mit der Situation, ohne Emotionen. Muss eine Gesellschaft das aushalten oder müssen wir reagieren?“, sagte Ulbig, der neue rechtliche Regelungen nicht ausschließt. Juristen und Wissenschaftler sollen das prüfen. CDU und FDP, aber auch die Grünen und die Linke begrüßten den Vorstoß. Der DGB Sachsen rügte, das aktuelle Versammlungsrecht diene auch der Vereitelung von friedlichen Demonstrationen.

Opposition will mitreden

Der Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi (Grüne) fordert, die Opposition und das Bündnis „Dresden Nazifrei“ in die geplante Runde einzubeziehen. „Thema des Symposiums muss neben der Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 19. Februar, insbesondere auch das Stürmen des ‚Hauses der Begegnung‘ und das Recht auf Gegendemonstration sein.“ Der Linken-Abgeordnete Klaus Bartl sagte, angesichts der faktischen Versammlungsfreiheit für Nazis auf Kosten der Versammlungsfreiheit von Demokraten sei eine Grundsatzdiskussion nötig. „Dies ist allemal der bessere Weg, als zu versuchen, kurzerhand dem Bündnis ‚Dresden Nazifrei‘ die Verantwortung für die Ausschreitungen in die Schuhe zu schieben.“ CDU-Fraktionschef Steffen Flath schränkte jedoch sofort ein, auch „ein guter Zweck darf nicht die Mittel heiligen und nicht zum Rechtsbruch oder zur Einschränkung des Versammlungsrechts führen“. Dieses hohe Gut müsse auch für die gelten, denen man es eigentlich nicht einräumen möchte. Die FDP begrüßte die Debatte ebenfalls. Allein Änderungen beim Demonstrationsrecht seien überflüssig, da das Gesetz schon heute keine Gewalttaten deckt, sagte der Abgeordnete Carsten Biesok.

Fehlerdebatte und Vorwürfe

Unterdessen hält die Kritik an der Stadt Dresden sowie an Polizei und Justiz im Zusammenhang mit den Ausschreitungen an. SPD-Fraktionschef Martin Dulig sprach vom Totalversagen und fordert ein parlamentarisches Nachspiel im Landtag. Obwohl bekannt gewesen sei, dass neben mehreren Tausend Neonazis bis zu 20.000 Gegendemonstranten nach Dresden kommen, hätten Stadt, Freistaat und Polizei die Herausforderung „nicht ansatzweise im Griff gehabt“. Auch sei die Gerichtsentscheidung, den Rechtsextremen gleich drei Aufzüge zu gestatten, kritisch zu hinterfragen.

Dresdens amtierender Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) kündigte eine Analyse des vergangenen Wochenendes an. Zugleich wies er die Vorwürfe zurück. „Die Stadt hat sich deutlich positioniert und genügend Gesicht gezeigt“, sagte er. Auf die Frage, ob das Fehlen einer zentralen Kundgebung gegen Rechtsextreme ein Fehler war, sagte er: „Das kann man so sehen. Ich würde das aber erst einmal im Auswertungskreis besprechen.“

Gegenseitige Vorwürfe gibt es zudem zur politischen Verantwortung für die Gewalt. CDU-Kreis-Chef Lars Rohwer macht vor allem die NPD verantwortlich, sieht bei den Ausschreitungen der Autonomen aber eine Mitverantwortung der Linkspartei. Der Dresdner Oberstaatsanwalt Jürgen Schär verwies wiederum darauf, dass diesmal gerade bei den Rechten eine neue Stufe von Gewalt vorgeherrscht habe.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694278>

Zerschlagene Scheiben, umgeknickte Schilder, verbeulte Autos

Von Thilo Alexe

Im Univiertel sind die Zerstörungen noch sichtbar. Anwohner sind schockiert über das Ausmaß der Gewalt.

Die „Reichenbachstraße“ steht nicht mehr. Zwei Schilder, die ihren Namen anzeigen, liegen zerbeult am Boden. Chaoten haben sie umgetreten und mehrere Meter mitgeschleift. Offenbar sollten sie als Waffe gegen Polizisten dienen.

Auch zwei Tage nach den Krawallen anlässlich eines Aufmarsches von Rechtsextremisten sind die Spuren der Zerstörung am Montag noch gut sichtbar. Besonders betroffen ist auf mehreren Hundert Metern das Universitätsviertel. Dutzende zerstörte Autos stehen an Straßenrändern, verbrannte Mülltonnen und Papiercontainer. Hier haben sich Hunderte Linksautonome heftigste Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Anwohner sind nach wie vor eingeschüchtert.

„Ich hatte einfach nur Angst“, sagt Evi Seiffert. Die junge Mutter lebt in einem Mehrfamilienhaus an der Reichenbachstraße, in der die Autonomen tobten. „Überall war Rauch“, sagt sie. Ein junger Mann steht vor seinem zertrümmerten Golf, der Abschleppwagen rückt an. „Ich habe gesehen, wie das Auto zerstört wurde“, sagt er. Zum Wegfahren war es schlichtweg zu spät. Doch der Wagenbesitzer ist zumindest guter Dinge, dass die Versicherung den Schaden übernimmt.

Einige Meter weiter steht ein Büro- und Geschäftshaus. Es sieht nicht gut aus. Die Scheiben an den Eingangstüren sind von Steinen regelrecht zerschossen worden. Auch etliche zur Straßenseite weisende Fenster sind zersplittert. Ein Mann wischt Scherben vom Sims. „Sehen Sie, das ist freie Meinungsäußerung“, ruft er empört.

Die lang gezogene Reichenbachstraße ist eigentlich ein unaufgeregter, friedlicher Ort in der Südvorstadt. Plattenbauten stehen hier, Reihenhäuser, kleine Villen. Es

gibt Läden, etliche Büros und ein Studentenwohnheim. Im Beutlerpark spielen Kinder. Doch am Sonnabend ist hier etwas geschehen, was die Normalität noch lange stören wird: ein Straßenkampf.

An der Kreuzung von Reichenbach- und Gutzkowstraße türmen sich Pflastersteine. Autonome haben sie ausgegraben, um damit auf Polizisten zu werfen. Und nicht nur das: Ein Feuerlöscher liegt auf einem Steinehaufen, den die Stadt eilig eingezäunt hat. Ein paar Meter weiter liegt der Griff eines gläsernen Bierkruges. Man will sich nicht vorstellen, was das Geschoss angerichtet hat, sollte es einen Menschen getroffen haben. Eine ausgegrabene Straßenbake samt kiloschwerem Betonfuß sowie Reste von Feuerwerkskörpern komplettierten das Arsenal der Wurfaffen. Es mag durchaus sein, dass Autonome Polizeikräfte banden und so die Räumung friedlicher Blockaden gegen Nazis verhindert haben. Doch die Gewalt, die quasi noch auf der Straße greifbar ist, rechtfertigt das nicht. Was wäre passiert, wenn ein Kind zwischen die Fronten geraten wäre? CDU-Fraktionschef Georg Böhme-Korn bringt es auf den Punkt: „Dieser 19. Februar darf sich niemals wiederholen.“

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694454>

Wie Neonazis Linke in Löbtau überfielen

Von Alexander Schneider

Ein von Alternativen bewohntes Haus wurde vor den Augen der Polizei am Sonnabend von Dutzenden Rechtsextremen angegriffen – es war nicht das erste Mal.

Markus war zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Schon deshalb will er seinen vollen Namen nicht in der Zeitung lesen. Denn der 25-jährige Student aus Dresden hat am Sonnabend in Löbtau den Angriff von mehreren Dutzend Rechtsextremisten auf ein links-alternatives Wohnprojekt gefilmt. Minutenlang attackieren die Täter das Haus an der Werner-/ Ecke Columbusstraße. Das Video stand bald im Internet und wurde tausendfach beim Videoportal Youtube heruntergeladen. Darauf zu sehen ist, wie ein schwarzer Mob mit Steinen und Holzstangen etliche Fenster der Fassade zerstört. Minutenlang und ungestört. Immer wieder fliegen Steine auf das Haus.

Scheinbar unbeteiligt im Hintergrund: ein Streifenwagen und ein Polizist, der den Verkehr regelt. Zwei weitere Streifenwagen der Verkehrspolizei stehen einige Meter oberhalb des Geschehens. Die Uniformierten schreiten nicht ein. Sie wären dem Mob wohl weit unterlegen.

„Man fühlt sich so hilflos“, sagt Markus. „Die reißen Steine aus dem Pflaster und schlagen Fenster ein. Sie riefen: Wir kriegen Euch alle! Das sah aus, wie ein gezielter Überfall.“ Für Markus ist sein Beitrag ein Stück Zivilcourage. Angesichts früherer Angriffe von Nazis auf das Wohnprojekt hätte man mit solchen Dingen rechnen können, sagt er. „Wieso wurden die Nazis dort vorbeigeführt?“ Über die Resonanz seines Videos ist er überrascht. So ist die Internet-Gemeinde längst dabei, mutmaßliche Täter zu identifizieren.

Auch die Bewohner des Eckhauses kennen das Video. Sie erzählen, dass gegen 14 Uhr etwa 200 Rechtsextreme von der Polizei begleitet die Wernerstraße herunterkamen. Dann seien plötzlich die Steine geflogen. Auch auf Bewohner, die im Hof abseits der Videokamera Suppe gekocht hatten – für sich und Passanten, die gegen Nazis demonstrieren wollten. 30 bis 40 Täter hätten mit Steinen geworfen. Zehn Minuten habe der Angriff gedauert, erzählen sie. Ein Vater, der den Angriff vom ersten Stock aus beobachtet hatte, sagte, er habe die Polizei angerufen. „Die wussten schon Bescheid“, sagte der 31-Jährige. Doch als die ersten Einsatzkräfte eintrafen, waren die Nazis längst geflüchtet. Mehrere Bewohner kritisieren nun, die Polizei habe die Täter nicht einmal verfolgt. „Man hätte sie doch später festnehmen können“, sagt einer.

„Wir werden diesen Ausschreitungen nachgehen“, sagte Polizeisprecher Marko Laske. Es sei angesichts zahlreicher Brennpunkte am Sonnabend nicht möglich gewesen, schneller ausgerüstete Einsatzkräfte zur Wernerstraße zu schicken. Bei den Beamten vor Ort habe es sich um Verkehrspolizisten gehandelt. Sie seien damit beschäftigt gewesen, Unbeteiligte fernzuhalten. Nach dem Stand der Ermittlungen habe es vor den Ausschreitungen gegenseitige Provokationen gegeben. Nicht bestätigen konnte die Polizei, dass ein Mann vom Dach des Hauses Steine geworfen habe. Das hatte ein Zeuge beobachtet.

Auch Menschen, die mit dem alternativen Wohnprojekt nichts zu tun haben, wurden geschädigt: Darunter sind Bewohner der beiden angrenzenden Häuser Wernerstraße 9 und 11 sowie Bewohner des in der rechten Szene offenbar verhassten Eckhauses. Erst im August hatten Täter nachts einen Brandsatz im Erdgeschoss „der Praxis“ gezündet und hohen Schaden verursacht. Der Brandanschlag war Höhepunkt einer Reihe früherer Übergriffe – darunter Nazi-Schmierereien und eingeworfene Scheiben.

Die Polizei hat eine Sonderkommission namens „19. Februar“ ins Leben gerufen, um alle Straftaten, die im Zusammenhang mit den Demonstrationen begangen wurden, aufzuklären. Der Angriff in Löbtau zähle auch dazu.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694525>

Gewalt rechtfertigt Marschverbot

Denni Klein zur Gewalt der Extremisten am Sonnabend

Die Gewalt von Extremisten hat am Sonnabend ein neues Ausmaß erreicht. Einerseits haben die Linksextremisten in menschenverachtender Art und Weise eine ganz bewusste Schlacht gegen Polizisten geführt. Diese war offenbar generalstabsmäßig koordiniert und hatte nur ein Ziel: Krawall. Pflastersteinhagel, brennende Barrikaden und brutale Schlägerei mit Waffen hat überhaupt nichts mit Protest gegen Rechtsextremisten zu tun. Diese Linksautonomen brauchen für ihre Exzesse keine Rechten, das haben sie schon in anderen Städten demonstriert. Ihr Vorgehen ist durch nichts zu rechtfertigen.

Aber erstmals haben auch die Rechtsextremen bereits in Dresden Gewalttaten verübt. In den vergangenen Jahren gaben sie in Dresden immer noch die Saubermänner und offenbarten erst außerhalb ihre zum Teil unfassbare Brutalität. Hier seien nur die Fälle von Pirna und Jena genannt. Doch diesmal gingen laut Innenstaatssekretär Michael Wilhelm allein am Bahnhof in Dresden-Plauen mehr als 800 Rechtsextreme brutal gegen Polizisten vor. Auch die Attacke auf das Löbtauer Wohnprojekt zeigt, dass neben einer demokratie- und fremdenfeindlichen Gesinnung auch enorme Gewalt von Rechtsextremisten ausgeht.

Beides haben Dresdens Versammlungsbehörde und die Polizei vorhergesagt. Mit einem Marschverbot wollte die Stadt das Gewaltrisiko reduzieren und der personell unterbesetzten Polizei mehr Chancen einräumen, solche Krawalle zu verhindern. Innenstaatssekretär Wilhelm verwies deutlich darauf, dass diese Warnungen von den Verwaltungsrichtern nicht berücksichtigt wurden. Die Rechtsextremen wurden vom Gericht vorab als „Nichtstörer“ bewertet. Die Ereignisse vom 19. Februar haben das widerlegt. Die Rechten haben damit die Rechtfertigung für ein künftiges Marschverbot geliefert. Das könnte es den Polizisten auch erleichtern, linke Gewalt besser zu beherrschen.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694457>

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Im Rathaus beginnt Nachdenken zum Gedenken – Blockierern droht Verfahren – Nachspiel im Landtag

Chaostag: BM Hilbert räumt jetzt Fehler ein

Von Andreas Weller

Im Nachgang des Chaostags 19. Februar hagelt es Kritik vor allem für Dresdens Stadtspitze. OB-Vertreter Dirk Hilbert (FDP) räumt zumindest ein, dass das Rathaus doch eine zentrale Veranstaltung gegen Nazis hätte organisieren sollen.

Es ist der erste Hauch von Selbstkritik. Im Vorfeld wurde gefordert, die Stadt müsse mehr tun, als die Mahnwachen der Kirchen zu unterstützen. Gestern sagte Hilbert: „Ja, das kann man so sehen. Wir werden kritisch analysieren, wie wir künftig mit dem Gedenken umgehen.“ Die Menschenkette sei als „sehr ausdrucksstarkes“ Projekt gesetzt: „Ob es eine zusätzliche Veranstaltung gibt, wird aber besprochen.“

SPD-Landtags-Fraktions-Chef Martin Dullig spricht von Totalversagen auf ganzer Linie: „Die Stadt hat eine Informationspolitik betrieben, die mehr Chaos als Sicherheit geschaffen hat. Das Trennungs-Konzept ist wie eine Seifenblase zerplatzt.“ Die SPD will nun das Verhalten von Stadt, Freistaat und Polizei auswerten und fordert eine Sondersitzung des Innenausschusses zum Thema.

Gewerkschaften sprechen von „skandalösem Vorgehen der Behörden“ und auch die Gerichtsentscheidungen, die Nazis laufen lassen zu müssen, werden kritisiert, weil Gewalt dieses Mal auch von Nazis ausging. Deshalb brauche es eine Debatte um

das Versammlungsgesetz, wie von Innenminister Markus Ulbig (CDU) angestoßen. FDP-Landtagsabgeordneter Carsten Biesok: „Eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes halte ich für überflüssig. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte, wie wir extremistischer Gewalt wirksam begegnen können.“ Er fordert, dass der Freistaat gegen die Gerichtsentscheide in Berufung geht, um höchstrichterlich zu klären, wie die Stadt mit Auflagen Gewalt bei Demos künftig unterbinden kann.

Vielen Blockierern droht ein Nachspiel: Die Polizei hat von etwa 200 Demonstranten die Personalien aufgenommen – sie müssen mit einer Strafanzeige rechnen. Unter ihnen sind Politiker von Grünen, SPD und Linke.

Razzia im Haus der Begegnung: Schwere Vorwürfe gegen Polizei

Der Verdacht liegt nahe: Beim Sturm auf das Haus der Begegnung irrte sich die Polizei in der Tür. Denn innerhalb von 24 Stunden änderten sich die offiziellen Erklärungen drastisch. Während die Mieter dem LKA schwere Vorwürfe machen, rechtfertigten Staatsanwaltschaft und Polizei den Einsatz.

Am Sonntag hatte Oberstaatsanwalt Lorenz Haase erklärt, dass der Einsatz sich nur gegen die Räume des Vereins „Roter Baum“ und nicht gegen Linke und andere Personen und Vereine gerichtet habe. Trotzdem wurde das ganze Haus durchsucht, sogar das Anwaltsbüro von Thomas Grundmann. Gestern folgte die Kehrtwende: „Der mündliche Durchsuchungsbeschluss richtete sich von vornherein gegen das ganze Gebäude Großenhainer Straße 93“, so Staatsanwalt Jan Hille. Eine räumliche Trennung sei nicht möglich gewesen, da unklar war, wo die Geräte lagerten, auf die es die Ermittler abgesehen hatten. Das waren vor allem Handys, aber auch Computer. 25 Telefone und 21 Rechner wurden beschlagnahmt. Damit soll linke Randale geplant und koordiniert worden sein. „Es wird wegen schweren Landfriedensbruch ermittelt“, so LKA-Sprecherin Silvaine Reiche.

Die Mieter sind empört. „Die Durchsuchung einer Anwaltskanzlei ohne richterliche Genehmigung legt die Axt an ein Fundament des Rechtsstaates“, empörte sich der Chef des Anwaltsvereins, Michael Sturm. Die Linken forderten die Rückgabe ihrer Computer und weisen die Vorwürfe zurück. „Wir bringen unseren Protest friedlich zum Ausdruck“, so Parteichefin Gesine Löttsch.

us

Groschen gefallen?

Von Gerhard Jakob

Früher hieß es mal: Nach einem Besuch im Rathaus ist man immer schlauer. Die Spruchweisheit ging noch von der Annahme aus, dass in den Amtsstuben die Erkenntnis fürs Bessere zu Hause ist. Seit dem eher ruhmlosen amtlichen Agieren um das Ge(h)denken muss man nicht erst im Dresdner Rathaus gewesen sein, um zu wissen: Weisheit und Einsicht sind dort nicht zwangsläufig anzutreffen.

Die Unterlassungssünden und Verfehlungen der politischen Stadtspitze wurden in den vergangenen Wochen zur Genüge aufgezählt. Statt sich darüber zu freuen,

dass sich aufrechte Demokraten, friedliche Bürger, gläubige Christen, engagierte Jugendliche in Massen aufmachen wollten, um den Nazis Paroli zu bieten, Vermittelte die Stadtspitze ihnen nur, dass sie lästig bis unerwünscht sind. Die einzige Antwort der Stadtoberen hieß „Menschenkette“. Ein bisschen wenig für so viele Menschen guten Willens und mutigen Geistes.

Wenn die Zeichen nicht völlig trügen, so dämmert es aber nun im Rathaus ganz langsam, welches Potential demokratischer Kräfte von den Behörden da missachtet wurde. Und wenn selbst nach einem Tag mit 82 verletzten Beamten die Polizei den Demonstranten wider die Nazis zu „99,9 Prozent“ Friedlichkeit attestierte, müsste in den Amtsstuben doch mal der Groschen fallen.

Die Andeutungen von Bürgermeister Hilbert lassen erstmals hoffen. Gelegenheit, die (vermutlichen) Einsichten in Taten umzusetzen, werden er und seine Kollegen spätestens in einem Jahr wieder haben.

BILD, Ausgabe Dresden

Thierse beleidigt unsere Polizisten

Von Luisa Schlitter

Dresden – Sie setzen sich für Dresden ein, hielten ihre Köpfe zwischen die rechten und linken Chaoten. Die Polizisten sind die wahren Helden der Krawalle. 82 von Ihnen wurden zum Teil schwer verletzt.

Und nun das: Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (67, SPD) beleidigt öffentlich die Polizei.

EKLAT AM RANDE LINKER DEMONSTRATIONEN! Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse erklärte in einem Interview mit dem MDR: „Die Polizei ist vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu beschützen. (...) Das ist sächsische Demokratie.“

Einem platzte der Kragen, als er das hörte. Andreas Arnold (59), Vize-Chef Polizeidirektion Oberes Elbtal/ Osterzgebirge. „Ich kann es nicht hinnehmen, dass Polizisten auf eine Stufe mit den Nazis gestellt werden. Das ist eine Beleidigung der sächsischen Beamten. Eine solche Äußerung von einem der höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik ist schockierend und macht mich sprachlos.“

Noch am Samstagabend stellte Arnold Strafanzeige gegen Wolfgang Thierse wegen Beleidigung. Jetzt ermittelt die Kriminalpolizei unter der Vorgangsnummer 1456/11/513100 gegen Thierse.

Dresdner Neueste Nachrichten

SEK-Einsatz im Dresdener Haus der Begegnungen: "Finden und ausschalten"

Thomas Hartwig

Dresden. Der sächsischen Polizei ist bei der Jagd nach linksextremistischen

Gewalttätern möglicherweise ein Fehler unterlaufen. Nach Angaben der Linken stürmte sie am vergangenen Samstag in Dresden das falsche Haus. Bei dem robusten Einsatz am Rande der Neonazi-Aufmärsche waren die Parteizentrale der Linken, ein Anwaltsbüro und Räume zweier Vereine betroffen. Der Jurist und Linke-Politiker André Schollbach fand am Dienstag heraus, dass die Beamten das Gebäude Großenhainer Straße 86a durchsuchen sollten. Tatsächlich landeten sie im Haus Nummer 93 bei der Linken. Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt waren für Nachfragen zunächst nicht zu erreichen.

Das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen und die Staatsanwaltschaft Dresden hatten zuvor am Montag die Durchsuchung des "Hauses der Begegnung" auf der Großenhainer Straße verteidigt. "Wir hatten Hinweise, dass sich in dem Gebäudekomplex Linksextreme aufhalten, die bei dem Demonstrationsgeschehen des 19. Februar im Dresdner Stadtgebiet Gewaltstraftaten koordinierten", erklärte LKA-Sprecherin Silvaine Reiche. Die Ermittler hätten einen Durchsuchungsbeschluss beantragt, der auch erlassen worden sei.

Das LKA habe Beamte eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) in die Großenhainer Straße beordert. Da die Einsatzkräfte nicht gewusst hätten, wo sich die vermutete Koordinierungsstelle für Gewaltstraftaten befindet, seien zahlreiche Räumlichkeiten durchsucht worden. "Der Auftrag lautete: Die Koordinierungsstelle finden und ausschalten", so Reiche. Während des Einsatzes hätten Türen gewaltsam geöffnet werden müssen.

Die Beamten hätten 25 Mobiltelefone, 21 Computer sowie Unterlagen beschlagnahmt. "Bei diesen Gegenständen besteht der Verdacht, dass damit Straftaten geplant und koordiniert worden sind", so Reiche. In dem Gebäudekomplex seien 21 Personen von den SEK-Beamten angetroffen worden. "20 haben wir zur erkennungsdienstlichen Behandlung und zur Feststellung der Identität in die Polizeidirektion gebracht", erklärte Reiche. Eine Person habe während der Durchsuchung gesundheitliche Probleme bekommen.

Politiker der Linken, deren Geschäftsstelle sich im "Haus der Begegnung" befindet, bezeichneten das Vorgehen der SEK-Beamten als "ungeheuerlich". Europaabgeordnete Cornelia Ernst sprach von einem "Skandal". Am schlimmsten sei der würdelose Umgang mit den Festgenommenen gewesen. Klaus Ernst, Parteivorsitzender der Linken, erklärte, dass er den "ungeheuerlichen Vorgang" nicht hinnehmen werde.

Der Dresdner Anwaltverein kritisierte, dass ein im "Haus der Begegnung" untergebrachtes Anwaltsbüro durchsucht worden sei. "Das stimmt so nicht", erklärte Jan Hille, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Es sei für die Beamten nicht zu erkennen gewesen, dass die betreffende Tür zur Kanzlei eines Rechtsanwaltes führe. "Als die SEK-Mitarbeiter bemerkten, dass sie in einer Kanzlei standen, haben sie diese sofort verlassen", so Hille. Er betonte, dass sich die Durchsuchung weder gegen einen Verein noch gegen eine Partei gerichtet habe. "Es ging um den Verdacht, dass von dem Gebäude aus Gewaltstraftaten organisiert werden." Die beschlagnahmte Kommunikationstechnik werde nun ausgewertet. "Die Ermittlungen

laufen."

Der Jurist und Linke-Politiker André Schollbach hatte am Dienstag darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft Dresden eigentlich eine Durchsuchung des Gebäudes Großenhainer Straße 86a beantragt hatte. Dort residiert der linke Jugendverein „Roter Baum“. Tatsächlich landeten die Beamten im Haus Nummer 93 auf der anderen Straßenseite, wo der „Rote Baum“ weitere Flächen nutzt. Das Haus 86a blieb verschont. „Der durch das LKA zu verantwortende Einsatz scheint komplett aus dem Ruder gelaufen zu sein“, sagte Schollbach.

LKA und Staatsanwaltschaft hielten in einer gemeinsamen Erklärung dagegen: Der Einsatz sei nicht rechtswidrig gewesen. Es habe sich nur um einen Formfehler gehandelt. Das Ziel sei von vornherein Nummer 93 gewesen.

„Das Sondereinsatzkommando agierte wie ein übermotiviertes Überfallkommando, und das offensichtlich ohne Einsatzleiter“, kritisierte der Parteichef der Linken, Rico Gebhardt. Denn erst nach Aufforderung eines anwesenden Rechtsanwaltes sei Stunden später ein Beamter erschienen, der sich als Einsatzleiter bezeichnet habe.

Gebhardt erinnerte daran, dass die Polizisten die Türen mit Brachialgewalt eingetreten und mehrere Menschen über Nacht in Haft genommen hätten. Schollbach kündigte als Rechtsanwalt der Linken rechtliche Schritte gegen die Durchsuchung und Beschlagnahmung von Computern und Handys an. Zugleich will er Schadensersatzansprüche gegen den Freistaat Sachsen geltend machen.

© DNN-Online, 22.02.2011, 10:00 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/sek-einsatz-in-dresden/r-19-februar-a-21384.html>

"Ich dachte, ich muss sterben"

Sebastian Kositz

Dresden. Es sind schockierende Bilder: Dutzende verummte Neonazis stürmen am Sonnabendnachmittag an der Columbusstraße in Löbtau das alternative Wohnprojekt "Praxis", Pflastersteine und Gullydeckel fliegen, Glas geht zu Bruch. "Wir kriegen euch alle!", skandiert der braune Mob. Nur wenige Meter entfernt stehen einige wenige Streifenpolizisten - sie gehen nicht gegen die Angreifer vor. Den brutalen Überfall am Rande der geplanten Naziaufmärsche am Sonnabend hat ein Amateurfilmer festgehalten, das zweiminütige Video kursierte bereits kurze Zeit später im Internet. Insgesamt zehn Minuten dauert der Spuk laut Augenzeugenberichten. Den zum Teil mit Schaufeln und Eisenstangen bewaffneten Rechtsextremen gelingt es glücklicherweise nicht, in das Wohnhaus einzudringen. Die Bewohner hatten aus früheren Attacken gelernt und die Fenster im Erdgeschoss mit Draht gesichert. So blieb es am Ende bei Sachschäden.

Spuren hat der Angriff bei den in dem Haus eingeschlossenen Menschen trotzdem hinterlassen: "Ich dachte, ich muss sterben, als ich die Massen anrücken sah. Als

die ersten Steine flogen, dachte ich, wir kommen hier nie wieder lebend raus", sagte eines der Opfer, der sich aus Angst vor Racheakten der Nazis gegenüber unserer Zeitung als Stefan Kunze ausgibt. Zum Zeitpunkt des Überfalls befanden sich seinen Angaben nach bis zu 40 Leute im Haus.

Laut Kunze waren die Rechtsextremen zuvor von der Kesselsdorfer Straße über die Wernerstraße zu dem Wohnprojekt gezogen. Die Polizei spricht von etwa 200 Angreifern, die Linken von 250. Schon auf der Wernerstraße hätten die Nazis Pflastersteine aus dem Boden gerissen und die Scheiben der Erdgeschosswohnungen in den Hausnummern 9 und 11 - in denen ebenso Alternative wohnen - attackiert. "Ein Stein landete sogar in einem Kinderbett. Glücklicherweise war das Kind in weiser Voraussicht zuvor zu den Großeltern geschafft worden", schildert Kunze.

An der Straßenecke zur Columbusstraße rissen seinen Worten nach die Rechtsextremen schließlich auch Gullydeckel aus ihren Verankerungen, stürmten Hauseingänge, um sich mit dort abgestellten Gegenständen zu bewaffnen und sprühten zudem Reizgas durch die zertrümmerten Fenster der "Praxis". Neben den Scheiben gingen in den Räumen auch Tische und Stühle zu Bruch.

Woher die Angreifer stammen, lässt sich nur mutmaßen. "Einige von uns sagten, es waren Nazis aus Köln, Cottbus und Königswusterhausen dabei", erklärt Kunze. Der gezielte Angriff auf die "Praxis" lässt aber zumindest eine gewisse Ortskenntnis zu vermuten.

Dass die Polizei - wie im Video deutlich erkennbar - nur wenige Meter daneben steht und nicht dazwischen geht, ist für Kunze unbegreiflich. Man überlege, nun Anzeige zu erstatten.

Die Dresdner Polizei weist den Vorwurf entschieden zurück. "Im Umfeld befanden sich einzelne Kräfte der Verkehrsregelung. Sie ergriffen umgehende Maßnahmen, um Unbeteiligte vom Ort der Auseinandersetzung fernzuhalten. Zeitgleich wurden entsprechend ausgerüstete Einsatzkräfte zum Ort entsandt", heißt es von der Polizei - ohne jedoch diese Maßnahmen näher zu erläutern. Als die Beamten eintrafen, seien die Angreifer allerdings schon wieder weg gewesen. Polizeisprecherin Jana Ulbricht bestätigte am Montag, dass die Nazi-Gruppe "im Nachgang von einer anderen Polizeigruppe" aufgegriffen wurde, konnte allerdings noch nicht sagen, ob dabei Personalien aufgenommen wurden. Die Polizei ermittelt nun wegen Landesfriedensbruch.

© DNN-Online, 22.02.2011, 11:55 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/ich-dachte-ich-muss-sterben/r-19-februar-a-21396.html>

Mehr als 270 Straftaten registriert

Bei der Staatsanwaltschaft Dresden wurden bis gestern Nachmittag mehr als 270 Straftaten im Zusammenhang mit den Demonstrationen am 19. Februar registriert.

75 Tatverdächtige seien bereits namentlich bekannt, erklärte Jan Hille, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Unter anderem handele es sich um Personen, die die Kreuzung Fritz-Löffler-Straße/ Reichenbachstraße blockiert hätten (DNN berichteten). Darunter befinden sich auch Landtagsabgeordnete wie Martin Dulig und Sabine Friedel (SPD), Johannes Lichdi (Bündnisgrüne) und Falk Neubert (Linke).

Die Zahl der Verfahren wird in den kommenden Tagen weiter steigen. Die Dresdner Polizei hat die Sonerkommission „19. Februar“ gegründet, die heute ihre Arbeit aufnehmen soll. 20 Beamte verschiedener Dienststellen der sächsischen Polizei, aber auch von der Bundespolizei sollen auch Angaben von Polizeisprecher Thomas Geithner Straftaten und Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar aufklären und Tatverdächtige ermitteln.

Dazu müssen die Beamten unter anderem umfangreiches Videomaterial sichten, das von Einsatzkräften während der Demonstrationen aufgenommen wurde. Bisher würden den Polizeibeamten mehr als 60 Strafanzeigen vorliegen. Hinzu kämen rund 200 Anzeigen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz – es handelt sich um besagte Blockade.

Tha

Debatte über Versammlungsrecht beginnt - Wirtschaft will Aktionsbündnis

dpa

Randale am Rande der Neonazi-Aufmärsche in Dresden haben den Ruf nach Änderungen am Versammlungsrecht ausgelöst. Auch der Landtag soll sich mit den Vorfällen befassen. Teilnehmer der Blockaden müssen derweil mit Strafverfolgung rechnen. Die Wirtschaft will ein Aktionsbündnis.

Dresden. Die gewalttätigen Ausschreitungen am Rande der Neonazi-Aufmärsche in Dresden haben für Bürger und Parteien das Fass zum Überlaufen gebracht. Auch zwei Tage nach den Randalen wurden am Montag Forderungen nach Konsequenzen erhoben. Parteiübergreifend wurde der Vorschlag des sächsischen Innenministers Markus Ulbig (CDU) begrüßt, nun eine Debatte über Formen des Protestes und Folgen für das Versammlungsrecht zu führen. Die ostdeutsche Wirtschaft fürchtet einen erheblichen Imageschaden für die neuen Bundesländer, Unternehmensverbände schlagen ein Aktionsbündnis gegen Neonazis vor.

Gewaltexzesse hatten die friedliche Demonstration Tausender Bürger überschattet. Rechts- und Linksextreme griffen Beamte an. 82 Polizisten und Bundespolizisten wurden verletzt, einige von ihnen schwer.

„Spätestens die Dresdner Ereignisse vom Wochenende haben es bewiesen: Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über Demonstrationen, Protest und wie wir extremistischer Gewalt wirksam begegnen können“, sagte der FDP-Parlamentarier Carsten Biesok. Eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes sei aber überflüssig. Bereits jetzt decke die Gesetzeslage keine Gewalttaten. Der Freistaat müsse nun höchststrichterlich klären lassen, inwieweit die Stadt Dresden durch Auflagen gewalttätige Exzesse von Extremisten unterbinden kann, um friedliche

Demonstranten zu schützen.

„Alle Beteiligten müssen mit der Politik an einen Tisch, damit solche Ausschreitungen in Zukunft unmöglich werden“, sagte der Sprecher der Industrie- und Handelskammern (IHK) in Sachsen, Wolfgang Topf, der „Leipziger Volkszeitung“. Aus Sicht ostdeutscher Unternehmerverbände schädeten solche Krawalle dem Wirtschaftsstandort Sachsen und beschmutzten ganz Ostdeutschland. „Das verschreckt Investoren und ausländische Fachkräfte, die wir zukünftig so dringend brauchen“, sagte deren Sprecher Hartmut Bunsen der Zeitung. Politik, Justiz und Polizei müssten ihr Vorgehen besser mit gesellschaftlichen Kräften abstimmen, mahnte IHK-Sprecher Topf. Ihm sei unerklärlich, warum Demonstrationen genehmigt werden, wenn Ausschreitungen absehbar seien.

Laut CDU-Fraktionschef Steffen Flath macht die Eskalation der Gewalt durch Rechts- wie Linksextremisten die große Diskrepanz zwischen dem Recht auf Versammlung und der Lebenswirklichkeit deutlich. Flath griff zugleich seinen SPD-Amtskollegen Martin Dulig an, der den Einsatz vom Samstag als „Totalversagen auf ganzer Linie“ bezeichnet hatte. Von einem Fraktionsvorsitzenden erwarte er, dass er sich von den Angriffen gegen die Polizei distanziert, statt sich auf die Seite der Steinwerfer zu stellen. Dem Einsatz der Polizei sei es zu verdanken, dass die Schäden nicht noch größer ausfielen.

Linke und Grüne sahen sich durch die Ereignisse in ihrer früheren Einschätzung bestätigt, dass CDU und FDP mit der Verschärfung des Versammlungsgesetz von 2010 keine Zustände wie am Samstag verhindern konnten. Gleichwohl sprachen sie sich ausdrücklich für Ulbigs Idee aus, die ganze Gemengelage auf einem Symposium zur Sprache zu bringen. Nach Auffassung von Johannes Lichdi (Grüne) muss die bürgerliche und friedliche Protestkultur gewährleistet werden. Dass den Gewerkschaften eine Mahnwache vor ihrem Haus mit Rücksicht auf einen Marsch von Neonazis verboten wurde, sei unerträglich und dürfe sich nicht wiederholen, sagte der Jurist Klaus Bartl (Linke).

Die SPD beantrage eine Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag. Die rechtsextreme NPD meldete sich am Montag erstmals zu Wort und verlangte gleichfalls eine parlamentarische Behandlung der Vorfälle. Während die Rechtsextremen den „roten Mob“ geißelten, gingen sie mit keinem Wort auf die Gewaltexzesse von Neonazis ein. Nach Angaben der Polizei waren an den Krawallen auch rund 1000 gewaltbereite Rechte beteiligt.

Der Dresdner Oberstaatsanwalt Jürgen Schär sprach am Montag von einer neuen Qualität der Gewalt auch im rechtsextremen Spektrum. Zwar habe es gewalttätige Übergriffe der Szene auch schon früher gegeben, sagte Schär. „Bislang waren die Rechtsextremisten aber immer bemüht, im Umfeld des 13. Februar sehr diszipliniert zu erscheinen.“ Dieses Mal sei bereits im Vorfeld erkennbar gewesen, dass man die Schmach von 2010 nicht hinnehmen werde und auf alle Fälle marschieren wolle - notfalls mit Gewalt. Auch vor einem Jahr hatten tausende Menschen einen geplanten Marsch von Neonazis verhindert.

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/debatte-ueber-versammlungsrecht-beginnt--wirtschaft-will-aktionsbuendnis/r-19-februar-a-21364.html>
